

Für: Politik gegen Aussonderung BAG für Integration und Inklusion

Brüderle:

1 **Frage: Wie stehen Sie zur Verantwortung des Gemeinwesens für**
2 **gleichberechtigte Lebensverhältnisse für Menschen mit Behinderungen und**
3 **welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Sie und für Ihre Partei auf lange**
4 **Sicht sowie im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode? In der**
5 **deutschsprachigen Übersetzung wird „Barrierefreiheit“ mit „Unabhängigkeit“**
6 **übersetzt – das verschiebt u. E. die Verantwortung, wie sie in der UN-**
7 **Konvention gemeint ist.**

8
9 **Brüderle:** Liberale Politik für Menschen mit Behinderung ist Bürgerrechtspolitik. Die
10 Möglichkeit zur vollständigen, gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe an
11 allen Bereichen des Lebens ist das Hauptziel liberaler Politik für Menschen mit
12 Behinderungen. Dies verlangt den konsequenten Abbau aller Barrieren, die diesem
13 Ziel entgegenstehen. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.
14 Wir setzen uns deshalb für eine in allen Bereichen barrierefreie Infrastruktur ein,
15 genauso wie für die uneingeschränkte Möglichkeit zur Teilhabe am regulären
16 Arbeitsmarkt und der Zivilgesellschaft. Das Erreichen einer barrierefreien
17 Gesellschaft ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das muß in unser aller
18 Bewußtsein verankert werden. Diskriminierung und Vorurteile darf es nicht geben.
19 Die FDP will eine Kultur des Miteinanders, in der Vielfalt und Unterschiedlichkeit nicht
20 nur akzeptiert und toleriert, sondern als Bereicherung empfunden werden. Die
21 vielfach notwendigen gesetzlichen Regelungen dürfen aber nicht durch eine
22 Überregulierung und Überbürokratisierung ihr Ziel und damit letztlich dessen
23 Akzeptanz gefährden. Staat und Gesetzgeber müssen Vorbild sein. Menschen mit
24 Behinderung gehören in die Mitte der Gesellschaft.

25
26 **Frage: Menschen mit Behinderungen beanspruchen als Subjekte ihres**
27 **Handelns mit gleichen Rechten betrachtet zu werden und nicht als**
28 **Empfänger/innen zugestanderer Fürsorge. Welche Maßnahmen sind Ihrer**
29 **Meinung nach geeignet, von einer Politik der Stellvertretung zu einer Politik der**
30 **Selbstvertretung einschließlich der erforderlichen Assistenz zu führen? Welche**
31 **Maßnahmen planen Sie auf lange Sicht und welche für die nächste**
32 **Legislaturperiode?**

33
34 **Brüderle:** Die FDP will sowohl die größtmögliche Freiheit als auch ein
35 höchstmögliches Maß an Eigenverantwortung für jeden einzelnen Menschen.
36 Freiheit heißt aber auch Freiheit zur Verantwortung und zwar zur Verantwortung für
37 diejenigen, die auf Solidarität angewiesen sind. Wir wollen eine Gesellschaft, in der
38 der Einzelne nicht losgelöst von seinen Mitbürgern lebt, sondern gemeinsam mit

39 ihnen in einer Wertegemeinschaft. Die zentrale Aufgabe des Staates ist dabei nicht
40 die Schaffung absoluter Gleichheit, sondern die Sicherung von Chancengerechtigkeit
41 für alle Menschen.

42 Diese Prinzipien sind auch Richtschnur liberaler Politik für Menschen mit
43 Behinderung. Menschen mit Behinderung sollen selbst entscheiden können, wie und
44 wo sie leben und von wem sie welche Hilfe in Anspruch nehmen möchten. Wer dies
45 alleine nicht kann, muß unbürokratisch Hilfe erhalten. Das Trägerübergreifende
46 Persönliche Budget sollte von der Ausnahme zur Regel werden. Es ermöglicht ein
47 selbstbestimmtes Leben, gewährleistet das Wunsch- und Wahlrecht und stärkt die
48 Chancen jedes Einzelnen auf individuelle Teilhabe. Gleichzeitig werden damit
49 Leistungsanbietern Anreize gesetzt, sich kundenorientiert zu verhalten sowie flexible
50 und auf die speziellen Bedürfnisse behinderter Menschen ausgerichtete Angebote zu
51 entwickeln.

52 Noch immer wird das Persönliche Budget nicht hinreichend in Anspruch genommen.
53 Aus Sicht der FDP ist auch die ungeklärte Frage der Finanzierung einer oftmals
54 benötigten Budgetassistenz dafür verantwortlich. Hier muß eine Lösung gefunden
55 werden. Aber auch die Leistungsträger sind aufgerufen, vermehrt die Leistung als
56 Budget anstelle von Sachleistungen anzubieten. Alle Maßnahmen müssen darauf
57 ausgerichtet sein, Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben in der
58 Gemeinschaft zu ermöglichen.

59

60 **Frage: Erziehung und Bildung haben die Chance, seelisch-geistige**
61 **Dispositionen der aufwachsenden und kommenden Generationen zu prägen.**
62 **Eine gemeinschaftsfähige Gesellschaft wird in Kindertagesstätten und Schulen**
63 **grundgelegt. Die UN-Konvention spricht von einem inklusiven Bildungssystem**
64 **als Voraussetzung einer alle einbeziehenden Gesellschaft.**

65 **Welche Möglichkeit sehen Sie für sich und Ihre Partei, vom Bund auf die**
66 **Länderregierungen entsprechend der Anforderungen der UN-Konvention**
67 **einzuwirken? In welche Richtungen sollten die Länder ihrer Meinung und der**
68 **Meinung Ihrer Partei nach ihre Bildungssysteme entwickeln? Wie sollte der**
69 **Prozess der Veränderung gesteuert werden? Was versprechen Sie persönlich**
70 **sich von einer inkludierenden Bildung?**

71

72 **Brüderle:** Das Erreichen einer barrierefreien Gesellschaft ist eine
73 gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur finanzielle Solidarität zwischen Bund,
74 Ländern und Gemeinden erfordert, sondern auch einen Bewußtseinswandel in den
75 Köpfen voraussetzt. Deshalb setzt sich die FDP für ein frühzeitiges gemeinsames
76 Aufwachsen behinderter und nicht behinderter Kinder in Kindertagesstätten, Schulen,
77 Freizeit- und Bildungseinrichtungen ein. Für die FDP gilt der Grundsatz „Inklusion vor
78 Sonderbeschulung“. Es ist das Ziel liberaler Bildungspolitik, mehr Gemeinsamkeiten
79 beim Leben und Lernen von behinderten und nicht behinderten Schülern in allen
80 Schulformen zu suchen und zu fördern, sowie verbindlich inklusive Konzepte
81 individueller Förderung in den allgemeinbildenden Schulen vorzulegen. Übergänge
82 und Rückschulungen sollen zu jedem Zeitpunkt möglich sein. Daneben ist die
83 Beschulung in speziellen Förderschulen jedoch dort beizubehalten, wo dies zum
84 Wohle der Kinder notwendig ist. Förderschulen sollen dabei in einem Netzwerk enge
85 Kontakte mit ihrem Umfeld und den Regelschulen pflegen. Die FDP will den Ausbau
86 von Regel- und Förderschulen unter einem Dach und die Einrichtung von
87 Förderschulklassen an der Regelschule forcieren, da die Vorteile beider
88 Fördervarianten hier am besten verwirklicht werden können. Wir werden noch im
89 Jahr 2009 im Rahmen eines Kongresses mit den unterschiedlichen Fachverbänden

90 und der interessierten Öffentlichkeit zusammentreten, um gemeinsam über
91 Strategien und pragmatische Lösungsansätze für eine bessere inklusive Politik in
92 Deutschland zu diskutieren und diese dann auch umsetzen.

93

94 **Frage: Sowohl im Hinblick auf den Besuch der allgemeinen Schule wie bei**
95 **ambulanter Versorgung besteht in Deutschland ein Kostenvorbehalt, der mit**
96 **der UN-Konvention nicht vereinbar ist. Welche Maßnahmen werden Sie bzw.**
97 **Ihre Partei lang- und kurzfristig ergreifen, um in diesem Sinne**
98 **menschenrechtsgemäße Lebensverhältnisse auch für Menschen mit**
99 **Behinderung zu gewährleisten?**

100

101 **Brüderle:** Mit der Ratifikation des UN-Behindertenrechtsübereinkommens sind wir in
102 der Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen einen entscheidenden
103 Schritt vorangekommen. Die FDP steht uneingeschränkt hinter den Zielen der
104 Konvention, warnt aber davor, es einfach bei der Ratifikation zu belassen. So hat
105 beispielsweise die Bundesregierung auf den Wunsch von Eltern, die die Beschulung
106 ihres behinderten Kindes in einer Regelschule mit Verweis auf die UN-Konvention
107 durchsetzen wollten, mit dem sog. „Vorbehalt der progressiven Realisierung“
108 reagiert. Das bedeutet: Den Zeitpunkt eines Anspruchs auf gemeinsame Beschulung
109 von behinderten und nicht behinderten Kindern bestimmen die Länder.
110 Damit es bei der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
111 auf lange Sicht nicht allein bei der Ratifikation bleibt, bedarf es einer sorgfältigen und
112 öffentlichen Überprüfung und Diskussion der politischen, rechtlichen und sozialen
113 Realität in Bund und Ländern. Auf Grundlage der Ergebnisse müssen konkrete
114 Schritte zur Umsetzung der Konvention eingeleitet werden. Das Wunsch- und
115 Wahlrecht behinderter Menschen muß bei der Umsetzung der Konvention im
116 Vordergrund stehen.

117

118

119

Kontakt: Carsten Jäger Telefon: 030-227-77729